



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

3. Quartal 2020

Rückblick
Herbstsession 2020

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



INVENTING FOR LIFE

Rückblick Herbstsession 2020

Vom 7. bis am 25. September haben sich die eidgenössischen Räte zur Herbstsession getroffen. Diesmal wieder im Bundeshaus, aber in Plexiglasaquarien.

Ein Schwerpunkt der vergangenen Session war die Klimapolitik. Nach mehrjähriger Beratung wurde das revidierte CO₂-Gesetz verabschiedet. Damit soll nun die Basis gelegt sein, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen und die Energiestrategie 2050 umzusetzen.

Daneben beschäftigten sich die Räte auch mit gesundheitspolitischen Geschäften. Unter anderem behandelte das Parlament einige Vorstösse rund um Corona und stimmte dem Covid-19-Gesetz zu. Mit letzterem werden die Corona-Notverordnungen des Bundesrates, welche der Bundesrat seit dem Frühjahr erlassen hat, wo notwendig in ordentliches Recht überführt.

Weiter ist die Diskussion über die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) (Kostendämpfungspaket 1) in beiden Räten in vollem Gang: Einerseits diskutierte der Ständerat – als Zweitrat – in der Herbstsession über den ersten Teil der Sparmassnahmen (KP1a). Andererseits wird der Nationalrat – als Erstrat – den zweiten Teil des Kostendämpfungspakets (KP1b) in der Sondersession Ende Oktober behandeln.

Im Parlament behandelte Geschäfte

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

19.046, Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1)

Status: KP1a: behandelt von beiden Räten → das Geschäft geht zurück zum Nationalrat zur Differenzbereinigung.
KP1b: noch nicht behandelt von den Räten.

Mit einem Bündel von Massnahmen will der Bundesrat die Gesundheitskosten senken. Nach dem Nationalrat hat am Mittwoch auch der Ständerat dem ersten Teil des Pakets (KP1a) zugestimmt.

Der Nationalrat hatte – als Erstrat – den Entwurf des Bundesrats in der Sommersession aufgeteilt und sich vorerst auf die weniger umstrittenen Massnahmen konzentriert (KP1a). Zentrale Elemente dabei sind die Verstärkung der Rechnungskontrolle, ein System zur Weiterentwicklung der ambulanten Tarife und der so genannte Experimentierartikel. Doch auch dessen erster Teil erwies sich nun als alles andere als unumstritten. Nach der Debatte in der kleinen Kammer bleiben zwischen den Räten zahlreiche Differenzen. Unter anderem hat der Ständerat den Experimentierartikel (Art. 59b) im Vergleich zum Nationalrat noch leicht verändert und um die Dimension der Digitalisierung und Qualität ergänzt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190046>

19.4119 Motion

Eingereicht von Hans Stöckli (SP)

Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie. Medikationsfehler durch E-Health reduzieren

Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten.

Der Bundesrat wird beauftragt, folgende Massnahmen zu ergreifen, welche die Anwendungssicherheit von Kinderarzneimitteln erhöhen:

1. Zur Erhöhung der Arzneimittelsicherheit in der Pädiatrie wird der Bundesrat aufgefordert, seine Kompetenz im Rahmen von Artikel 26 HMG auszuschöpfen und den Einsatz E-Health-gestützter klinischer Entscheidungsunterstützungstools zur Vermeidung von Dosierungsfehlern mindestens im stationären Bereich und in der Offizinapotheke als verbindlich zu erklären.
2. Die Kosten für die Implementierung der harmonisierten Dosierungsempfehlungen und die Anwendung von E-Health-gestützten klinischen Entscheidungsunterstützungstools sind in den Tarifen zu berücksichtigen.

Relevant u. a. für Ärzte/-innen, Apotheker/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194119>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

19.4492 Motion	Eingereicht von Christian Lohr (CVP)
Laborkosten zulasten der OKP	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, die Preise der Laboranalysen zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu senken.

Relevant u. a. für Krankenkassen und Labors

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194492>

19.4290 Motion	Eingereicht von Angelo Barrile (SP)
Medizinische Leistungen für alle Kinder!	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Eltern und Kinder

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194290>

19.4120 Motion	Eingereicht von Damian Müller (FDP)
Mehr Zeit für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird nun eine Vorlage ausarbeiten.	

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Erlassentwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Besonderheiten der Kinder- und Jugendmedizin zukünftig in den Sozialversicherungstarifen adäquat abgebildet werden.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Kinder und Jugendliche

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194120>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

18.3777 Motion	Eingereicht von Lorenz Hess (BDP)
KVG. Intransparenzabzug für Leistungserbringer, die den Patienten keine Rechnungskopie zustellen	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird eingeladen, das KVG (Krankenversicherungsgesetz) derart zu ändern, dass gegen Leistungserbringer, die sich systematisch weigern, den Patienten eine Rechnungskopie zuzustellen, Sanktionen ergriffen werden können.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183777>

20.3452 Motion	Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N)
Elektronische Rechnungen auch im elektronischen Patientendossier ablegen	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Bestimmung vorzulegen, mit welcher das Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier so geändert werden kann, dass die Leistungserbringer in einem bestimmten Bereich des elektronischen Patientendossiers elektronische Rechnungen ablegen können. Mit dieser gesetzlichen Bestimmung soll sichergestellt werden, dass für den medizinischen Teil des elektronischen Patientendossiers alle bisherigen Garantien in Sachen Vertraulichkeit gewährleistet sind.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203452>

18.3835 Motion	Eingereicht von Christoph Eymann (FDP)
Schaffung eines nationalen Forschungsprogramms zur Alzheimerkrankheit	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, ein nationales Forschungsprogramm (NFP) «Alzheimerkrankheit» zu lancieren.

Relevant u. a. für Schweizer Hochschulen, Pharmaindustrie und Alzheimerpatienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20183835>

Im Parlament behandelte Geschäfte

20.058 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Status: angenommen von beiden Räten in der Schlussabstimmung.

Bei der Vorlage handelt es sich um ein dringliches Bundesgesetz, das am 26. September in Kraft getreten ist und in weiten Teilen Ende 2021 wieder ausläuft. Mit der Vorlage werden die Corona-Notverordnungen, die der Bundesrat seit dem Frühjahr erlassen hat, wo notwendig in ordentliches Recht überführt.

Das Parlament folgte zusammengefasst dem Credo: Was bisher möglich war, soll auch weiterhin möglich sein. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass bisher erst ein Bruchteil der vom Parlament gesprochenen ausserordentlichen Corona-Kredite ausgeschöpft worden ist. National- und Ständerat haben deshalb beschlossen, zusätzliche von der Corona-Krise betroffene Unternehmen und Selbständigerwerbende zu unterstützen. Wer durch die Corona-Krise nur eingeschränkt arbeiten kann, soll staatliche Hilfe erhalten. Es geht um Betroffene, die etwa wegen Veranstaltungsverbots blockiert sind, sowohl Selbständigerwerbende als auch Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung.

Relevant u. a. für Wirtschaft und Schweizer Bevölkerung

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20200058>

20.3282 Motion

Eingereicht von Erich Ettl (CVP)

Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen

Status: angenommen vom Ständerat → das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen, insbesondere in folgenden Bereichen:

1. Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Beanspruchung der medizinischen Notfallversorgung von Spitälern und Arztpraxen sowie ihre Folgen für die Versorgungsstrukturen und die aktuellen KVG-Reformen.
2. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen, insbesondere der elektronische Datenaustausch und das elektronische Patientendossier, muss dringend forciert werden.
3. Die indirekten Kosten der Pandemie, wie Einnahmehausfälle der Leistungserbringer, namentlich der Spitäler, dürfen nicht auf die Prämienzahlenden überwältigt werden.
4. Der Influenza-Pandemieplan muss überarbeitet werden. Dabei müssen Verantwortlichkeiten und Durchsetzbarkeit des Pandemieplans gewährleistet sein.

Relevant u. a. für Schweizer Gesundheitssystem, Bund und Kantone

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203282>

Im Parlament behandelte Geschäfte

20.3906 Motion	Eingereicht von Thomas Minder (parteilos)
Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherstellen	
Status: angenommen vom Ständerat → das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, um die Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherzustellen. Hierzu sollen lebenswichtige Güter zur Aufrechterhaltung der Schweizer Volkswirtschaft und Landesversorgung in der Schweiz hergestellt werden müssen. Wo dies nicht möglich oder ökonomisch nicht tragbar ist, sind zumindest hinreichend grosse Pflichtlager zu führen.

Relevant u. a. für Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft (u.a. Medtech- und Pharmaindustrie)

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203906>

20.3197 Motion	Eingereicht von Thomas Burgherr (SVP)
Überprüfung der Pflichtlagerhaltung	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird aufgefordert, im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung auszuweiten.

Relevant u. a. für Medtech- und Pharmaindustrie

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203197>

20.3243 Motion	Eingereicht von der FDP-Liberalen Fraktion
Covid-19. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren die erforderlichen Massnahmen zu treffen, um den Digitalisierungsprozess unseres Gesundheitssystems zu beschleunigen. Der Akzent soll dabei unter anderem auf den folgenden Punkten liegen:

1. Das elektronische Patientendossier muss im Gesundheitswesen für alle Akteure rasch zur Norm werden.
2. Der Einsatz der Telemedizin ist anerkannt und wird gefördert.
3. Jede Art von Korrespondenz zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen erfolgt digital. Ausnahmen sind möglich für die Kommunikation mit Patientinnen und Patienten, die beschränkt Zugang zu digitalen Kommunikationsmitteln haben.
4. Der Einsatz von Anwendungen, die es den Patientinnen und Patienten erlauben, ihren Gesundheitszustand zu kontrollieren, wird gefördert, auch in der Grundversicherung.
5. Der Online-Bezug von Medikamenten wird erleichtert und während der Krise des Gesundheitswesens gefördert.

Relevant u. a. für Schweizer Gesundheitssystem, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203243>

Im Parlament behandelte Geschäfte

20.3263 Motion	Eingereicht von der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP.
Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen	
Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen, insbesondere in folgenden Bereichen:

1. Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Beanspruchung der medizinischen Notfallversorgung von Spitälern und Arztpraxen sowie ihre Folgen auf die Versorgungsstrukturen und die aktuellen KVG-Reformen.
2. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen, insbesondere der elektronische Datenaustausch und das elektronische Patientendossier, muss dringend forciert werden.
3. Die indirekten Kosten der Pandemie, wie Einnahmefälle der Leistungserbringer, namentlich der Spitäler, dürfen nicht auf die Prämienzahlenden überwältigt werden.
4. Der Influenza-Pandemieplan muss überarbeitet werden. Dabei müssen Verantwortlichkeiten und Durchsetzbarkeit des Pandemieplans gewährleistet sein.

Relevant u. a. für Schweizer Gesundheitssystem, Bund und Kantone

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203263>

Weitere gesundheitspolitische Themen im 3. Quartal

Im letzten Quartal wurden ausserdem die folgenden gesundheitspolitischen Themen diskutiert.

Strukturdaten der Arztpraxen und ambulanten Zentren 2018

Ende 2018 waren in der Schweiz 23 011 Ärztinnen und Ärzte in 16 924 Arztpraxen und ambulanten Zentren tätig. 14 % waren 65-jährig oder älter. Die Frauen machten 41 % des gesamten ärztlichen Personals und 62 % des ärztlichen Personals unter 40 Jahren aus. In einem Drittel der Standorte der Arztpraxen waren im Ausland ausgebildete Ärztinnen und Ärzte tätig.

Relevant u. a. für Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/news/de/2020-0152>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Tarifstruktur TARDOC muss neu beurteilt werden

Vor einem Jahr haben der Versichererverband curafutura und die Ärztegemeinschaft FMH beim Bundesrat die Genehmigung der neuen Tarifstruktur TARDOC für ambulante ärztliche Leistungen beantragt. Das zuständige Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die Prüfung inzwischen abgeschlossen. In der Zwischenzeit haben die Tarifpartner den Tarifvertrag aber noch mit neuen Elementen ergänzt. Deshalb ist eine Neubeurteilung erforderlich. Der Bundesrat wurde am 26. August 2020 über die neue Ausgangslage informiert.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen, Spitäler und Ärzte/-innen

<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-80178.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Bundesrat beschliesst weitere Massnahmen gegen steigende Gesundheitskosten

Bundesrat

Am 19. August 2020 hat der Bundesrat ein zweites Massnahmenpaket beschlossen, mit dem er die medizinische Versorgung weiter verbessern und das Kostenwachstum im Gesundheitswesen bremsen will. Das Sparpotenzial betrage rund eine Milliarde Franken. Die Vernehmlassung dauert bis zum 19. November 2020.

Mit dem vorliegenden zweiten Paket setzt der Bundesrat seinen Entscheid vom 20. Mai 2020, einen indirekten Gegenvorschlag zur CVP Kostenbremse-Initiative vorzulegen, um.

Als zentrale Massnahme will der Bundesrat für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP; Grundversicherung) eine Zielvorgabe einführen. Dabei legen Bund und Kantone jährlich fest, wie stark die Kosten wachsen dürfen, zum Beispiel bei den stationären Spitalbehandlungen, den ambulanten Arztbehandlungen oder den Arzneimitteln. Sie beziehen dabei die wichtigsten Akteure mit ein. Die Akteure bestimmen in erster Linie, welche Massnahmen zu ergreifen sind, wenn die Vorgaben überschritten werden. Patientinnen und Patienten haben jedoch stets Zugang zu allen Leistungen der OKP. Heute fehlen systematische Überlegungen dazu, welches Kostenwachstum in den einzelnen Bereichen angemessen ist. Die Zielvorgabe erhöhe die Transparenz, stärke die Verantwortung und reduziere medizinisch unnötige Leistungen, so der Bundesrat.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Spitäler, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80111.html>

Krankenpflegeversicherung: Die mittlere Prämie steigt 2021 um 0.5 %


Bundesamt für Gesundheit
BAG

Die mittlere Prämie der obligatorischen Krankenpflegeversicherung steigt im nächsten Jahr gegenüber 2020 um 0.5 % auf 316.50 Franken. Die Entwicklung variiert je nach Kanton zwischen -1.6 und +2.1 %. Der Anstieg fällt im Vergleich zum Mittel der letzten Jahre tief aus. Im Durchschnitt ist die mittlere Prämie seit 2010 jährlich um 3.2 % und seit Inkrafttreten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung 1996 jährlich um 3.7 % gestiegen.

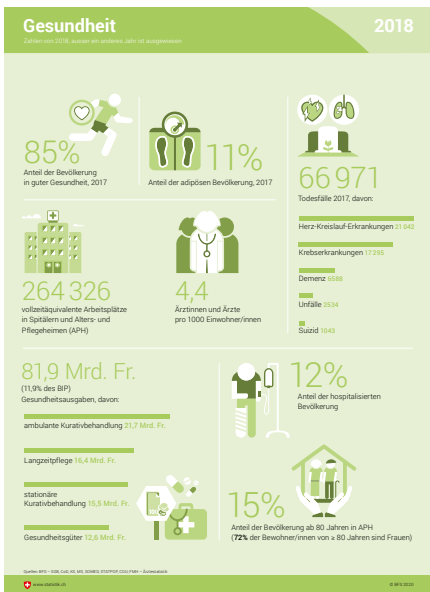
Relevant u. a. für Schweizer Bevölkerung und Krankenkassen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80480.html>

Die Schweiz in 23 Infografiken – Ausgabe September 2020 – Neue Statistiken zum Thema Gesundheit publiziert

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik



Relevant u. a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2020-0589.html>

Prüfung der Verfahrenseffizienz von Health Technology Assessments

 EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE
CONTRÔLE FÉDÉRAL DES FINANCES
CONTROLO FEDERALE DELLE FINANZE
SWISS FEDERAL AUDIT OFFICE

Health Technology Assessments (HTA) stehen für die systematische Evaluierung und Bewertung medizinischer Verfahren und Technologien. HTA gelten als wichtiges Instrument der evidenzbasierten Politikberatung und transparenten Entscheidungsfindung. So können unwirksame, nicht zweckmässige sowie unwirtschaftliche Produkte und Behandlungen identifiziert und von der Vergütung durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) ausgeschlossen oder zumindest eingeschränkt werden.

In der 2013 publizierten Gesundheitsstrategie 2020 ging der Bundesrat davon aus, dass ein sogenannter Desinvestitionsfokus (Streichung bzw. Einschränkung obsoleter OKP-Leistungen) bei den HTA ein erfolgsversprechendes Instrument zur Kostendämpfung wäre. Jährlich wiederkehrende Einsparungen von bis zu 220 Millionen Franken schienen möglich. Sieben Jahre später ist davon nichts realisiert worden.

Für die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) stellt sich daher die zentrale Frage, ob bzw. wie das Programm zu einem wirkungsvollen Einsatz geführt werden kann. Bis 2023 muss das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) dem Bundesrat eine erneute Evaluation des HTA-Programms vorlegen. Die EFK anerkennt, dass der Initiative unter dem neuen Leiter der Abteilung «Leistungen Krankenversicherung» positive Impulse gegeben werden.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.efk.admin.ch/de/publikationen/bildung-soziales/gesundheits.html>

Schweizerische Gesundheitsbefragung 2017: Übergewicht und Adipositas. Anteil der Übergewichtigen in der Bevölkerung hat sich stabilisiert

Das Vorkommen von Adipositas hat sich im Zeitraum von 1992 bis 2017 von 5 % auf 11 % verdoppelt. Ebenso ist der Anteil der Personen mit Übergewicht oder Adipositas in dieser Periode von 30 % auf 42 % gestiegen. Die Wachstumsraten waren vor allem von 1992 bis 2002 sehr hoch. In den letzten Jahren haben sich die Zahlen hingegen stabilisiert, hatte der Anteil der Adipösen oder Übergewichtigen 2012 doch bei 41 % gelegen.

In der Schweiz waren 2017 11 % der Bevölkerung von Adipositas, d.h. übermässigem Übergewicht, und weitere 31 % von Übergewicht betroffen. Übergewicht hat sich damit zu einer eigentlichen Volkskrankheit entwickelt, die Männer (51 %) stärker betrifft als Frauen (33 %). Übergewicht entwickelt sich mit zunehmendem Alter, der grösste Anteil findet sich in der Altersgruppe der 65 bis 74-Jährigen. Bei den Männern ist bereits ab 35 Jahren die Hälfte übergewichtig oder adipös. Besonders deutlich sind bei den Frauen die sozialen Unterschiede: Frauen mit niedrigem Bildungsniveau haben ein 3.5-mal höheres Risiko, adipös, und ein 1.9-mal höheres Risiko, übergewichtig zu werden, im Vergleich zu Frauen mit Tertiärbildung.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.14147720.html>

Gesundheit in der Schweiz – Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Nationaler Gesundheitsbericht 2020

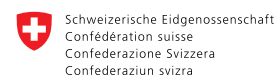
Gemäss dem Nationalen Gesundheitsbericht 2020 des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan) fühlen sich Kinder heute durch ihre Familien im Allgemeinen gut unterstützt. Jedoch sind Armut, Krankheit der Eltern oder Migrationshintergrund der Familie bezogen auf die Gesundheitschancen kritische Punkte, die der Aufmerksamkeit bedürfen. Dies gilt umso mehr, da Gesundheitschancen über die Generationen weitergegeben werden, zum Beispiel über soziale Ressourcen oder Bildungsniveau.

(...) Die Suizidrate bei den 11- bis 25-Jährigen hat sich über die letzten 30 Jahre mehr als halbiert. Andererseits hat seit 2002 der Anteil der 11- bis 15-Jährigen mit multiplen psychoaffektiven Beschwerden (Traurigkeit, schlechte Laune, Nervosität, Müdigkeit, Ängstlichkeit, Verärgerung und Einschlafschwierigkeiten) zugenommen. Vor allem stiegen Müdigkeit und Einschlafschwierigkeiten an. In den letzten 15 Jahren haben ausserdem Depressionssymptome bei jungen Erwachsenen zugenommen.

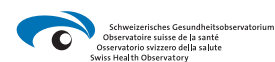
(...) Schätzungsweise ein Fünftel der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen weist entweder ein chronisches Gesundheitsrisiko wie Übergewicht auf oder lebt mit einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung. Die Datenlage zu chronischen Erkrankungen und Behinderungen ist sehr heterogen hinsichtlich der Güte, der Repräsentativität und dem Auflösungsgrad. Relativ häufige chronische Erkrankungen (> 5 %) sind atopische Rhinitis (Heuschnupfen), Asthma oder Neurodermitis. Auch kardiovaskuläre Risiken, z.B. Hypertonie oder Adipositas, finden sich schon bei Kindern und Jugendlichen (1 – 5 %). Dank Registerdaten können einige Erkrankungen oder Behinderungen genau beziffert werden: Zum Beispiel kommen 800 von 100 000 Kindern mit angeborenen Herzfehlern auf die Welt.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.gesundheitsbericht.ch/de>



Bundesamt für Statistik



Bundesrat passt Risikoausgleichsverordnung an

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 11. September 2020 eine Revision der Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA) beschlossen. Die Anpassungen sollen hauptsächlich die Berechnung des Risikoausgleichs und der Prämien optimieren. Die Verordnungsrevision tritt 2021 in Kraft.

Der Risikoausgleich schafft einen finanziellen Ausgleich zwischen Krankenversicherern mit vielen jungen, gesunden und in der Regel günstigeren Versicherten und solchen mit mehr älteren, kranken und somit eher teureren Versicherten.

Relevant u. a. für Forschung und Gesundheitssystem

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80374.html>

Bundesrat

Schadstoffe im Körper: Studien-Teilnehmende werden gesucht

Die Pilotphase der Schweizer Gesundheitsstudie, mit der Schadstoffe im Körper untersucht werden, wird im Herbst 2020 in zwei Studienzentren wiederaufgenommen. In den Kantonen Waadt und Bern werden dafür 1 000 Personen im Alter von 20 bis 69 Jahren gesucht. Sie werden einen Fragebogen beantworten und für eine Gesundheitsuntersuchung ein Studienzentrum besuchen.

Die Schweizer Gesundheitsstudie wird dazu beitragen, besser zu verstehen, welchen Einfluss die Umwelt und unsere Lebensgewohnheiten auf unsere Gesundheit haben. Die Studie bietet auch die Möglichkeit, Fragen der öffentlichen Gesundheit zu beantworten, insbesondere im Zusammenhang mit Covid-19. Dabei sollen zum Beispiel auch Antikörper gegen das neue Coronavirus gemessen werden.

Relevant u. a. für Forschung und Gesundheitssystem

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-80410.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Der Bundesrat verabschiedet Tarifvereinbarung zur Vergütung einer innovativen Krebstherapie

Bundesrat

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 26. August 2020 eine Tarifvereinbarung zur Vergütung einer innovativen Krebsbehandlung verabschiedet. Die zwischen santésuisse und H+ Die Spitäler der Schweiz abgeschlossene Vereinbarung ermöglicht den betroffenen Patientinnen und Patienten den raschen Zugang zu diesen kostspieligen Therapien. Sie ist gültig bis zum 31. Dezember 2021.

Die autologe CAR-T-Zelltherapie ist eine innovative Behandlung, die bei der Krebsbekämpfung zur Anwendung kommt. Dabei werden die weissen Blutkörperchen der Patientinnen und Patienten so verändert, dass sie die Krebszellen erkennen und bekämpfen. Es handelt sich nicht um ein Medikament im eigentlichen Sinn, sondern um eine medizinische Leistung. Der Bundesrat hat die Tarifvereinbarung verabschiedet, um die Vergütung dieser Therapie durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) zu einem reduzierten, vertraulichen Preis und befristet bis Ende 2021 zu ermöglichen.

Relevant u. a. für Krankenkassen, Spitäler, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80181.html>

Global Industry Competitiveness Index 2020

Die chemisch-pharmazeutische Industrie der Schweiz hat für das Wachstum und den Wohlstand der Schweiz eine grosse Bedeutung. Aufgrund ihrer sehr hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit konnte sie in den vergangenen zehn Jahren stark von günstigen globalen Nachfragetrends profitieren und war dadurch der zentrale Wachstumsmotor der Schweizer Wirtschaft. Die hohe Wettbewerbsfähigkeit belegt auch der erstmals berechnete Global Industry Competitiveness Index (GICI) von BAK Economics, bei dem die chemisch-pharmazeutische Industrie der Schweiz weltweit Platz 2 belegt. Die höchste Wettbewerbsfähigkeit weisen die USA auf, Irland liegt auf Platz 3.

Relevant u. a. für Nationale Wirtschaft und die chemisch-pharmazeutische Industrie

Quelle: <https://www.bak-economics.com/berichte-studien/news/news/global-industry-competitiveness-index-2020>

Auslandpreisvergleich Medikamente: Preisdifferenz zum Ausland sinkt bei patentgeschützten Medikamenten weiter, nach wie vor grosser Preisunterschied bei Generika

interpharma^{ph}

Das Preisniveau der patentgeschützten Medikamente ist im europäischen Ausland im Durchschnitt 4.5 % tiefer als in der Schweiz, patentabgelaufene Originalpräparate kosten im Ausland 10 % weniger. Am grössten sind die Preisdifferenzen bei Generika, diese sind in den Vergleichsländern durchschnittlich 42 % günstiger als in der Schweiz. Dies ergibt der elfte gemeinsame Auslandpreisvergleich von santésuisse und Interpharma, der die Fabrikabgabepreise von Medikamenten vom Frühjahr 2020 mit jenen des europäischen Auslands vergleicht.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem, Patienten/-innen

Quelle: <https://www.interpharma.ch/blog/auslandpreisvergleich-medikamente-preisdifferenz-zum-ausland-sinkt-bei-patentgeschuetzten-medikamenten-weiter-nach-wie-vor-grosser-preisunterschied-bei-generika/>

Weitere gesundheitspolitische Themen im 3. Quartal

Die drei Botschaften der WHO an die 75. UNO Generalversammlung

Die WHO hat folgende drei Botschaften vor dem Hintergrund der 75. UNO Generalversammlung geteilt:

- Die erste betrifft den gleichberechtigten Zugang zu den COVID-19-Tools.
- Die zweite Botschaft betrifft die Aufrechterhaltung der Dynamik zur Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung.
- Drittens sei nun der Moment, sich gemeinsam auf die nächste Pandemie vorzubereiten.

Relevant u. a. für Weltbevölkerung und Gesundheitssysteme

Quelle: <https://www.who.int/news-room/detail/15-09-2020-who-s-three-messages-for-un75>

World Health Organization

Rede von EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Lage der Nation: Den Weg aus der Coronavirus-Krise heraus und in die Zukunft

Gemäss von der Leyen müsse Europa eine stärkere europäische Gesundheitsunion aufbauen, mit einem zukunftssicheren und angemessen finanzierten EU4Health-Programm, einer verstärkten Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und einem gestärkten Europäischen Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC).

Sie versprach, eine europäische BARDA – Agentur für biomedizinische Spitzenforschung und -entwicklung – aufzubauen, um die Fähigkeit Europas zu verbessern, auf grenzüberschreitende Bedrohungen zu reagieren. Die Präsidentin rief zu einer Debatte über neue Zuständigkeiten der EU im Gesundheitsbereich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas auf.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1657



COVAX- Initiative zur Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen

Die Schweiz engagiert sich für eine globale Lösung für eine gerechte Verteilung künftiger Covid-19-Impfstoffe. Mit der Initiative COVAX unter Führung von GAVI, CEPI und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sollen insgesamt rund zwei Milliarden Impfdosen bereitgestellt werden. Die Schweiz hat am 18. September 2020 ihre Teilnahme an der COVAX-Initiative bestätigt, um dadurch Impfstoffe für 20 Prozent ihrer Bevölkerung zu beschaffen.

Relevant u. a. für Weltbevölkerung und Schweizerische Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80510.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Weitere gesundheitspolitische Themen im 3. Quartal

Coronavirus: Keine Quarantäne bei der Einreise aus den Grenzregionen

Bundesrat

Achtung: Die Quarantänevorschriften können sich schnell ändern. Bitte konsultieren Sie für die aktuellsten Vorschriften die folgende Webseite des BAG:

<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/empfehlungen-fuer-reisende.html>

Am 11. September 2020 hat der Bundesrat über die Quarantäneregeln für Einreisende aus den Nachbarstaaten entschieden: Von Nachbarländern werden jeweils nur Regionen, die über dem Grenzwert liegen, auf die Liste der Staaten und Gebiete mit erhöhtem Ansteckungsrisiko gesetzt, nicht aber das ganze Land. Grenzregionen können von der Aufnahme in die Liste ausgenommen werden. Damit trägt der Bundesrat einerseits den zum Teil stark steigenden Infektionszahlen und andererseits der engen Verflechtung in den Grenzregionen Rechnung. Die angepasste Verordnung trat am 14. September in Kraft. Gleichzeitig wurde die Liste der Risikogebiete aktualisiert.

Relevant u. a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80387.html>